

Statement der Jugendverbände zu den Terrorangriffen der Hamas auf die israelische Bevölkerung am 7. Oktober 2023

Die unterzeichnenden Braunschweiger Jugendverbände

solidarisieren sich

mit den Opfern der Terroranschläge vom 7. Oktober 2023 und ihren Angehörigen.

mit der Bevölkerung Israels sowie mit Juden*Jüdinnen und Israel*innen in Deutschland und weltweit, die ein friedliches Zusammenleben im Nahen Osten wollen.

mit allen Palästinenser*innen, die gegen die Hamas kämpfen, unter ihrer Gewaltherrschaft leiden oder für ein friedliches Zusammenleben eintreten.

mit allen unschuldigen Frauen*, die von den Gräueln des Terrors und des Krieges immer erheblich mehr betroffen sind.

mit allen Kindern, die für die Hoffnung der Menschheit stehen und die nicht in diesen Kriegen aufwachsen und sterben sollten.

erinnern an

alle Opfer, die es in diesen Wochen bereits gegeben hat.

die Komplexität des Nahost-Konfliktes, die aber einem gesunden Menschenverstand niemals im Wege stehen sollte, um Terrorangriffe – wie sie durch die Hamas verübt worden sind – als menschenfeindlich, ideologisch und grausam zu verurteilen und eindeutig zu benennen.

den Umstand, dass mit Terrororganisationen wie der Hamas keine Verhandlungen für einen nachhaltigen Frieden geführt werden können. Die Verschleppung der israelischen Geiseln, teils mit diversen weiteren Staatsbürger*innenschaften, werden für die Erpressung Israels missbraucht.

den Fakt, dass die Angriffe der Hamas am 7. Oktober nicht auf militärische Ziele, sondern auf die Zivilbevölkerung gerichtet waren und öffentlich zur Schau gestellt wurden. Diese Akte des Terrors können niemals als antikoloniale Angriffe verstanden werden.

die rechtmäßige Nutzung des Selbstverteidigungsrechts Israels unter Achtung des internationalen humanitären Völkerrechts zur Beendigung der Gefahr für ihre Bevölkerung und sogar die Pflicht des Staates zum Schutz seiner Bevölkerung.

das Recht der Meinungsfreiheit für alle Menschen in Deutschland und dass es gut ist, gegen die Entmenschlichung von Menschen aufzustehen und für die Menschenrechte einzutreten. Das heißt damit auch immer, sich klar gegen Terror und menschenfeindliche Ideologien zu positionieren.

die Pflicht zur Fairness allen Menschen unserer Gesellschaft gegenüber und daran, dass pauschale Einordnungen und Diskriminierung wie auch Rassismus insbesondere an Minderheiten falsch und uns vom Weg eines friedlichen Zusammenlebens wegführen.

verurteilen

den menschenverachtenden Terroranschlag auf die israelische Bevölkerung vom 7. Oktober 2023 aufs Schärfste. Der Terroranschlag war ein Anschlag auf alle Juden*Jüdinnen, Israel*innen und die Menschenrechte.

den Terror und die menschenfeindliche Ideologie der Hamas. Die Hamas will keinen Frieden weder für Palästinenser*innen noch für Israel*innen. Sie wollen die Auslöschung Israels und seiner Bevölkerung, sie wollen den Islamischen Staat und die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung durch islamistische Eliten. Diese Ideologie ist bis aufs Tiefste hasserfüllt und hat keinen Platz in unserer Welt.

die Angriffe auf das jüdische Leben in Deutschland. Die Markierungen mit Davidsternen an Haustüren, Flaggenklau wie hier in Braunschweig, die Bedrohung und auch Gewalttaten gegen Menschen, die jüdisch sind, machen genauso fassungslos wie auch die Unterstützung der terroristischen Gräueltaten auf deutschen Straßen. Dies ist ein unhaltbarer und bestürzender Umstand.

dass es unter der Beteiligung rechtsextremer Akteure innerhalb der Regierung Israels keine Bemühungen für eine nachhaltige Friedenslösung gegeben hat. Hingegen sind in den Wochen vor den Anschlägen jede Woche eine Viertel Million Israel*innen und Israel*is auf die Straße gegangen, um für die Demokratie in Israel zu protestieren.

dass die Weltöffentlichkeit – und auch Deutschland – dem Nahost-Konflikt in den letzten Jahren nur wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht hat.

jegliche Relativierung der Terroranschläge, da sie in letzter Konsequenz den Terror und Ideologie der Hamas stützt und die Unterdrückung von Israel*innen und Palästinenser*innen durch Terroristen rechtfertigt.

jegliche Kodierung von Antisemitismus und Rassismus, Hass und Hetze gegen Juden*Jüdinnen und Israel*is und Israel*innen, die in den vergangenen Wochen in Deutschland stattgefunden hat.

den Begriff des „importierten Antisemitismus“, weil er suggeriert, den ohnehin vorherrschenden Antisemitismus kleinzureden und den Fokus von ihm wegverlagert. Pauschale Einordnungen, die Antisemitismus allein einer Gruppe zuordnen, helfen im Kampf gegen Antisemitismus nicht und fördern rassistische Zuschreibungen. Antisemitismus ist und

bleibt aber ein gesamtgesellschaftliches Problem. Deshalb muss jede Form des Antisemitismus in Deutschland durch die Gesellschaft immer klar benannt und bekämpft werden.

die rassistische Instrumentalisierung in Deutschland zur versuchten Legitimierung von z.B. Abschiebungen und den gesellschaftlichen Rechtsruck der Gesellschaft.

fordern

die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln durch die Hamas.

die Rückgabe aller verschleppten israelischen Leichen.

das Verbot der Hamas und aller unterstützenden Organisationen in Deutschland.

alle Menschen in Deutschland auf, die terroristischen Anschläge der Hamas in ihrer Grausamkeit zu verurteilen, ohne sie zu relativieren.

die Unschädlichmachung der Hamas und die Zerstörung ihrer terroristischen Strukturen.

die Medien – aber auch alle Bürger*innen – in Deutschland dazu auf, Meldungen der Hamas-Propaganda nicht ungefiltert zu übernehmen und kritisch zu überprüfen. Dies ist so im Fall der Meldung des Beschusses des Al-Ahli-Al-Arabi-Krankenhauses passiert und in den deutschen Medien erst nachträglich aufgearbeitet worden.

die Medien in Deutschland dazu auf, die Meldungen der terroristischen Hamas und die Meldungen des Staates Israels deutlich zu unterscheiden. Die Hamas übt seit 2007 eine ideologische Gewaltherrschaft aus, Israel ist eine legitimierte Demokratie.

die Betreiber*innen sozialer Netzwerke dazu auf, Propaganda-Inhalte zu entfernen.

die gerichtliche Verurteilung der Drahtzieher des Terroranschlags vor dem Internationalen Gerichtshof.

die weitere Einhaltung und Beachtung der Menschenrechte und des Völkerrechts durch den israelischen Staat bei der Nutzung ihres Selbstverteidigungsrechts gegen die Hamas.

die Achtung des Menschenlebens in Israel und in Gaza.

die Verringerung des Leids der Zivilbevölkerung in Israel und in Gaza.

sichere Fluchtwege aus Gaza und den Zugang zu Wasser, Medikamenten und lebensnotwendigen Waren sowie humanitäre Hilfe vor allem durch die Öffnung der ägyptischen Grenze.

einen starken Kurs der Bundesregierung und die Beendigung der Wirtschaftsbeziehung mit dem Islamischen Staat im Iran. Die demokratische und feministische Opposition im Iran, die

unter Einsatz ihres Lebens für die Entledigung des Islamischen Staates kämpft, muss durch die deutsche Politik unterstützt werden.

die Bundesregierung dazu auf, diplomatische Lösungen zur Beendigung des Kriegs in Israel und Gaza zu fördern und friedliche Perspektiven für die Zeit nach dem Krieg gemeinsam mit allen relevanten Akteuren zu entwickeln.

die Trennung des Handelns der israelischen Regierung vom grundsätzlichen Existenzrecht Israels.

die Beendigung der Siedlungspolitik der israelischen Regierung.

den uneingeschränkten Schutz jüdischen Lebens in Deutschland.

eine gesellschaftliche Aufarbeitung der antisemitischen und anti-israelischen Straftaten in Deutschland und der Zustände, die zu ihrer Entstehung im Zusammenhang zum Krieg in Nahost führten.

die Landesregierung Niedersachsens dazu auf, die Retraumatisierung von Kindern und Schüler*innen durch die Ereignisse vom 7. Oktober und die Folgeereignisse in einem geeigneten Rahmen aufzufangen. Es müssen Orte des gegenseitigen Verständnisses zum Abbau von Vorurteilen geschaffen werden.

dass auch eine selbstkritische Bearbeitung und Überprüfung im universitären Kontext zu den antisemitischen Vorfällen und Taten der letzten Wochen in Deutschland stattfindet.

eine konsequente Durchsetzung einer bis dato nicht geschehenen Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft. „Nie wieder!“ ist nicht nur eine hohle Phrase, sondern fordert auch einen kritischen Umgang mit der eigenen und nicht vollumfänglich aufgearbeiteten eigene Historie ein.

eine Politik der Entspannung auf Seiten Palästinas und Israels statt Förderung von Diskriminierung, Gewalt und Feindschaft sowie Demokratiefeindlichkeit.

ein friedliches und respektvolles Zusammenleben für uns alle.

Die unterzeichnenden Braunschweiger Jugendverbände:

- Jusos Braunschweig
- DGB Jugend Braunschweig
- Grüne Jugend Braunschweig
- IG Metall Jugend Braunschweig
- Junge Liberale Braunschweig
- Ver.di Jugend Braunschweig
- Fridays For Future Braunschweig
- Youth Against Fascism
- Stadtschülerrat Braunschweig
- Evangelische Studierenden-gemeinde Braunschweig
- Jugendparlament Braunschweig
- Evangelischer Stadtjugenddienst der Propstei Braunschweig